

Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Region  
Ostsachsen

### **Landtagswahl 2009**

### **Fragen an die Direktkandidaten in der Region Ostsachsen**

- [www.dgb-ostsachsen.de](http://www.dgb-ostsachsen.de)

Antworten bitte bis zum 27.07.2009 an [ostsachsen@dgb.de](mailto:ostsachsen@dgb.de) senden.

#### *1) Handlungsfähiger Staat*

*Sachsens Bürger und Bürgerinnen haben ein Recht auf die Bereitstellung von leistungsstarken öffentlichen Dienstleistungen. Gleichzeitig hat der Staat auch in Sachsen vielerorts öffentliche Dienstleistungen in kommunalen Besitz wie Stadtwerke, die Abfallentsorgung, ÖPNV, Krankenhäuser und Wohnungen privatisiert. Sind Sie - wo dies möglich ist - für eine Rücküberführung von bereits privatisierten Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in kommunale Verantwortung?*

Wo es möglich und vorteilhaft ist sollten Dienstleistungen von Unternehmen erbracht werden. Der Staat und die Kommunen sind keine besseren Unternehmer und vielfach auch nicht so effizient. In kommunaler Verantwortung sollten die privatisierten Dienstleistungen dennoch bleiben, was über entsprechende Beteiligungen und damit verbundene Entscheidungs- bzw. Aufsichtsmandate sicher gestellt werden kann.

Wichtig ist schon, dass die kommunale Seite Einfluss auf die Steuerung bei Abfallentsorgung, ÖPNV, Krankenhäuser und ggf. auch bei den Stadtwerken hat. Dazu müssen die Stadt oder Gemeinde bzw. der Landkreis die Aufgaben aber nicht zwangsläufig selbst ausführen.

Besonders die Privatisierung von Wohnbeständen hat zur Entlastung der Kommunen und zur Angebotsvielfalt auf dem Wohnungsmarkt beigetragen. Festzustellen ist, dass beispielsweise kommunale Stadtwerke mitunter wesentlich breitere Aufgaben als die reine Energieversorgung übernehmen und sich im sozialen und kulturellen Bereich sowie der infrastrukturellen Sicherung (z.B. Straßenbeleuchtung, Unterhaltung) engagieren. Diese Entwicklung ist als erfolgreich zu betrachten. Auch vor dem Hintergrund der Öffnung des Energiemarktes und der weiteren Liberalisierung im Interesse des Endkunden ist eine Umkehr dieser Entwicklung kontraproduktiv. Die sächsische Union lehnt daher die pauschale Forderung nach einer Rücküberführung privatisierter Dienstleistungen ab.

#### *2) Eine moderne Industriepolitik*

*Auch sächsische Betriebe spüren die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Welche Instrumente, neben den konjunkturellen Maßnahmen des Bundes, könnten die sächsische Wirtschaft stützen?*

Aus meiner Sicht ist eine stärkere Orientierung auf regionale Wirtschaftskreisläufe notwendig. Dies ist insbesondere im Bereich der Lebensmittel erforderlich, wo in den letzten Jahren logistische Prozesse eingesetzt haben, die kein Bürger mehr nachvollziehen kann.

Regionale Wirtschaftskreisläufe sollten durch ein offensives Netzwerkmanagement unterstützend begleitet werden, um deren Effizienz und Akzeptanz deutlich zu steigern.

Ich halte eine Aufrechterhaltung der geänderten Vergaberegungen über die Laufzeit des Konjunkturpaketes für praktikabel. Dadurch wird den kommunalen Auftraggebern zumindest die Chance gegeben, regionale Unternehmen mit der Maßnahmenumsetzung zu betrauen.

Mit der Mittelstandsrichtlinie des Freistaates Sachsen stehen den mittelständischen Unternehmen umfangreiche Möglichkeiten zur Verfügung, die vom Coaching bei der Gründung von Unternehmen oder der Erschließung neuer Märkte über die Unternehmensfinanzierung bis hin zur Unterstützung bei zusätzlichen Innovationen und Projekten zur Forschung und Entwicklung reichen. Mit der Richtlinie für Investitionen kleiner Unternehmen in strukturschwachen Räumen werden insbesondere regional tätige Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern gezielt gefördert. Die umfassende Mittelausstattung

der Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" hat es möglich gemacht, dass viele Projekte zur Ansiedlung, Erweiterung oder Umstrukturierung von Unternehmen in den letzten Jahren und auch aktuell gefördert wurden und werden.

Das größte Konjunkturpaket des Freistaates Sachsen ist jedoch der Doppelhaushalt 2009/2010. Hier stellt der Freistaat Sachsen mehr als 7 Milliarden Euro für Investitionen bereit. Damit können Maßnahmen im Bereich der Schulen und Hochschulen, des Straßenbaus und auch des sonstigen Hochbaus realisiert werden. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass sich die Infrastruktur im Freistaat sukzessive verbessert und öffentliche Aufträge zur Umsatz- und Beschäftigungssicherung beitragen. Dem gegenüber ist das Konjunkturpaket II für Sachsen eher als noch ein Sahnehäubchen zur hohen Investitionsquote zu betrachten.

### *3) Faire Löhne*

*Der Staat kann Maßnahmen zur Sicherung menschenwürdiger Löhne ergreifen. Befürworten Sie Tariftreueklauseln im Vergaberecht, die Allgemeingültigkeitserklärung von Tarifverträgen oder einen gesetzlichen Mindestlohn?*

*Sollte die Leiharbeit stärker reguliert werden?*

Die Zahlung eines fairen Lohns sollte das Anliegen eines jeden aufrechten Unternehmers sein, sofern dies entsprechend der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens auch durchführbar ist. In den letzten Jahren, wo die wirtschaftliche Entwicklung noch deutlich positiver war, stellte ich diese Haltung bei einigen wenigen Unternehmen leider nicht so fest. Ich halte jedoch die Tarifautonomie für das am besten geeignete Instrument, um Ungleichheiten auszubremsen, zumal wir in den kommenden Jahren allein durch die Altersstruktur einen teilweisen Mangel an Arbeitskräften verzeichnen werden. Dadurch wird auch die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer gestärkt.

Die pauschale Festlegung von Mindestlöhnen lehne ich ab. Ein solcher gefährdet viele Arbeitsplätze und steht nicht im Einklang mit der Tarifautonomie. Ich setze mich aber für ein Mindesteinkommen ein, welches vorhandene Arbeitsplätze sichert und neue ermöglicht.

Tariftreueklauseln im Vergaberecht sind kein probates Mittel, um Lohnforderungen in Unternehmen durchzusetzen. Das sächsische Vergaberecht ist flexibel und sollte es auch bleiben. Tariftreueklauseln stellen wie andere Forderungen etwa umwelt-, gesellschafts- oder sozialpolitische Kriterien vergabefremde Kriterien dar, welche nicht in ein Vergaberecht Einzug halten dürfen. Bewertungskriterien sollten auch weiterhin im Interesse der wirtschaftlichen und effizienten Verwendung öffentlicher Mittel - die ist das grundlegende Kriterium des Vergaberechtes - der Preis, die Fachkompetenz und die Leistungsfähigkeit des jeweiligen Anbieters sein. Darüber definiert sich eine Vergabeentscheidung.

Der deutsche Arbeitsmarkt ist geprägt durch ein hohes Maß an gesetzgeberischer Reglementierung, die Unternehmen kaum Chancen bietet, mit eigenem Personal flexibel auf Schwankungen ihrer Auslastung zu reagieren. Die Zeitarbeit bietet hier die Möglichkeit, über Mitarbeiter bei Bedarf zu verfügen, ihnen gegenüber weisungsbefugt zu sein, ohne sie jedoch mit allen dazugehörigen Konsequenzen fest einstellen zu müssen.

Zeitarbeit muss auch weiterhin ein hohes Maß an Flexibilität haben und nicht an Restriktionen scheitern. Eine Umkehr zur Begrenzung der Überlassungsdauer ist für die Sicherung von Arbeitsplätzen kontraproduktiv. Die Freigabe der Überlassung hat insbesondere für ältere Arbeitnehmer Vorteile gebracht, da diese mitunter längere Einarbeitungszeiten in Anspruch nehmen. Trotz der Freigabe haben sich die Überlassungszeiten nicht wesentlich verlängert. Sie liegen im Durchschnitt der Gesamtbranche bei ca. drei bis vier Monaten. Damit wird klar, dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse nicht gefährdet sind und eine Begrenzung auf

12 Monate Verweildauer auch nicht zu verstärkter Übernahme von Arbeitnehmern durch die Entleihunternehmen führen würde, zumal diese zum Zeitpunkt des Entleihens mit dem Arbeitnehmer selbst ohnehin kein Arbeitsverhältnis eingegangen sind. Eine solche Übernahmenotwendigkeit würde das System der Zeitarbeit an sich in Frage stellen.

#### 4) Energiepolitik

*Wie sieht eine zukunftstaugliche Energiepolitik für Sachsen aus? Sollte Sachsen auch langfristig auf die Braunkohle setzen?*

Derzeit werden ca. 85 % des in Sachsen erzeugten Stromes aus Braunkohle gewonnen. Die Nutzung der Braunkohle wird auch künftig ein unabdingbarer Bestandteil einer gleichermaßen sicheren, preiswerten und umweltverträglichen Energieversorgung in Sachsen und in Deutschland sein. Dabei kommt der Weiterentwicklung der Braunkohlekonversionstechnologien gerade im Hinblick auf die CO<sub>2</sub>-Reduzierung entscheidende Bedeutung zu.

Eine sichere Versorgung der Industrie und der Bevölkerung mit bezahlbarer Energie muss unter Wertschätzung einer umweltschonenden Energieerzeugung verwirklicht werden. Der bisherige Energieträgermix aus Öl, Gas, Kernenergie, Kohle und regenerativen Energiequellen muss in seiner Gewichtung zugunsten der regenerativen Quellen weiter verbessert werden.

Für den ländlichen Raum müssen andere Konzepte der Energieerzeugung und vernünftigen Energieanwendung entwickelt werden. Dezentrale Erzeugungsanlagen unter Nutzung erneuerbarer Energien (Holz, Abfallstoffe, Energiepflanzen) unterstützen die autarkere und bezahlbare Versorgungssicherheit, Schaffen Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft und ermöglichen auch ein flexibles Begegnen des demographischen Wandels vor allem im ländlichen Raum.

Auch die Stärkung des Verursacherprinzips mit ordnungspolitischen und marktwirtschaftlichen Instrumenten wollen wir stärken. Wer Umweltbelastungen verursacht, muss auch dafür zahlen.

Biologische Vielfalt, wenig Schadstoffemissionen und sauberes Trinkwasser gehören zu den elementaren

Ebenso müssen auch gesundheitliche Aufklärung, Lebensmittelkontrolle und gesundheitlicher Verbraucherschutz weiter verbessert werden. Voraussetzungen für Gesundheit und Lebensqualität der Menschen.

Ich fühle mich persönlich verpflichtet einen Beitrag zu leisten, um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung in Einklang zu bringen.

#### 5) Die beste Bildung in Sachsen

*Unterstützen Sie das Modell der Gemeinschaftsschulen, in denen die Schüler und Schülerinnen bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen?*

Unsere Schüler sollten nach ihren individuellen Neigungen und intellektuellen Fähigkeiten ausgebildet und gefördert werden. Mit dem sächsischen Schulsystem wird diese bildungspolitische Aufgabe am besten umgesetzt.

Die Mittelschulen im Freistaat mit dem breiten Spektrum an Wissensvermittlung, eine frühzeitigen und praxisgerechten Berufsorientierung und sinnvollen Ganztagsangeboten sind die Entwicklungspole für unsere zukünftigen Fachkräfte. Das sächsische Abitur ist ebenfalls in ganz Deutschland anerkannt. Ich unterstütze die Einbeziehung der vielfältigen Schulversuche und weiterer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Weiterentwicklung unseres sächsischen Schulsystems.

Neben der klassischen Wissensvermittlung muss der kritische und kompetente Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln – wie dem Internet – stärker im Unterricht berücksichtigt werden. Gleichzeitig müssen wir hochbegabten Schülern bessere Möglichkeiten anbieten, damit sie ihre Fähigkeiten voll ausschöpfen können. Für unsere Kinder gilt es vor allem schon spielerisch im Kindergarten Sprachen – insbesondere Englisch und die Nachbarsprache zu lernen und in der Schule, bei der Ausbildung oder dem Studium weiterzuentwickeln. Dadurch kann es gelingen den Arbeitsmarkt auch grenzüberschreitend zu erschließen und die Abwanderung einzudämmen.

In den nächsten Jahren wollen wir Wissenschaft und Forschung im Freistaat weiter voranbringen. Deshalb sind die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Hochschule und das Internationale Hochschulinstitut Zittau für Studenten noch attraktiver werden und die Drittmittelfähigkeit der Hochschulen verbessert wird. Auch die staatlichen Regelungen müssen auf das notwendige Mindestmaß beschränkt werden, um so den Hochschulen mehr Spielraum für innovative und effiziente Lösungen zu bieten.

#### *6) Sachsen in Europa*

*Was ist zu tun, um die Chancen, die die Lage im Dreiländereck Elbe-Neisse bietet, zu nutzen? Ist der Freistaat auf die Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Polen, Tschechien, die baltischen Staaten und Ungarn im Jahr 2011 vorbereitet?*

Nur durch einen Rahmen, bestehend aus Verkehrsinfrastruktur, vernetzter Hochschulkompetenz, gemeinsamen Tourismusangeboten sowie arbeitsmarktpolitischen Annäherungen kann es gelingen, unsere Region im grenzüberschreitenden Dreiländereck gut aufzustellen, dass die Menschen durch Beschäftigung leben können. Die sächsischen Unternehmen dürfen nicht an die Ketten der Bürokratie gelegt werden. Ich trete deshalb für überschaubare und verständliche Regeln ein, die eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln anregen und fördern. Unternehmerische Initiative darf nicht durch bürokratische Verregelung gestoppt werden. Für mehr Wachstum und Beschäftigung brauchen wir mehr Transparenz und Flexibilität, um so Wettbewerb und Innovationsfähigkeit tatkräftig zu fördern.

Hierbei ist aus meiner Sicht die Unterstützung unseres Oberlausitzer Handwerks sowie auch der kleinen Firmen und selbstständigen Unternehmer erforderlich. Sie sind das Herz unserer Wirtschaft, auch wenn die öffentliche Wahrnehmung häufig auf die großen Unternehmen gelenkt wird. Kluge Ideen gab und gibt es in der Oberlausitz immer – ich möchte mit ganzer Kraft dazu beitragen, dass sie zügig in die Praxis umgesetzt werden können.

Die B 178 neu muss zügig fertig gestellt werden - das Ziel besteht in einer durchgängigen Verkehrsfreigabe bis 2012, dass auch unsere tschechischen Nachbarn und wir aus der Zittauer Region mit den Löbauern die Landesgartenschau genießen können.

Auf der anderen Seite ist es unabdingbar die Zugverbindungen in unseren ländlichen Raum zu verbessern. Eine internationale Zugverbindung in den Landkreis Görlitz und mehrere Haltepunkte machen die Nutzung des Transportmittels Schiene deutlich attraktiver und binden unsere Region an die Ballungszentren an. So ließe sich beispielsweise durch eine geeignete Zugtaktung in den Zentren arbeiten und im ländlichen Raum leben. Die Potentiale sind bei Weitem nicht ausgereizt.

Die Chancen des freien Europas dürfen nicht durch kriminelle Akteure in Misskredit gebracht werden. Die Polizei muss in die Lage versetzt werden ihre Arbeit qualitativ treffsicher und in enger Verbindung mit ihren polnischen und tschechischen Kollegen zu bewältigen. Ein Abzug von Sicherheitskräften ist ohne eine langfristige Kriminalitätsanalyse nicht verantwortbar.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Polizei ist weiter zu verbessern. Ein klares Rechtsbewusstsein der Bürger und eine aktive Kooperation mit der Polizei tragen wesentlich zur Vorbeugung und Bekämpfung von Kriminalität bei. Zudem setzt sich die Sächsische Union auch in Zukunft für praktikable gesetzliche Grundlagen ein, welche die Handlungsfähigkeit der Polizisten verbessert und so eine erfolgreiche Polizeiarbeit gewährleistet.

Wir dürfen aber auf der anderen Seite nicht zulassen, dass beim Auftreten von Kriminalität unsere Nachbarn gleich pauschal verurteilt werden und zuviel schlecht gemacht wird. Aus

meiner Sicht überwiegen das positive Miteinander und die Chancen unseres Dreiländerecks im gemeinsamen Europa der Nationen.

Auch in Zeit wirtschaftlicher Rezession und der Finanzkrise ist zu konstatieren, dass in Deutschland mehr als jeder vierte Betrieb seinen Bedarf an qualifizierten Kräften nicht decken kann. Die Mehrheit der Unternehmen in der Oberlausitz rechnet auch für die Zukunft mit großen Problemen bei Sicherung ihres Fachkräftebedarfs.

Die Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und die damit verbundene unbürokratische Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Berufe mit offenkundigem Fachkräftemangel kann dieser Entwicklung sinnvoll und nachhaltig entgegenwirken. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine echte Chance für Sachsen und insbesondere für unser Dreiländereck.

Derzeit wirken sich die demographischen Entwicklungen und die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften in die westdeutschen Bundesländer in Sachsen besonders aus. Sachsen kann sich daher im Wettbewerb um die besten Köpfe eine eingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit und den damit bewusst in Kauf genommenen Fachkräftemangel in einigen Branchen nicht länger leisten.

Die Überwindung des Fachkräftemangels ist Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg, Beschäftigungsperspektiven und sichere Einkommen. In den vergangenen Jahren haben sich auch durch die positive wirtschaftliche Entwicklung die Lohnunterschiede zwischen Sachsen und dem angrenzenden Polen und Tschechien deutlich verringert. Unsere Wirtschaft drängt auf eine Öffnung, um auch zukünftig unter Sicherung ihres Fachkräftebedarfes wettbewerbsfähig zu bleiben. Unser Freistaat Sachsen ist für die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit gut gerüstet.